

RHEINISCHE POST

GLADBACHER ZEITUNG | RHEYDTER ZEITUNG



DIANA KINNERT

Warum die junge Frau mit dem schwarzen Hut in der CDU dringend gebraucht wird. Politik



QUENTIN TARANTINO

Im Interview spricht er über den Film, für den er ein Leben lang recherchiert hat. Kultur

MÜNCHENER ANNALEN

LOBALES
Spenden mit Kind ergaunert



Die Geschichte der angeblich krebserkrankten Amelle rührte viele Menschen zutiefst. Jetzt droht eine Fortsetzung vor Gericht.

SEITE C 1

LOBALES KULTUR
Rettung für das Schmöder-Denkmal

Von einem Baum in tausend Stücke zerschlagen, das Bronze-Relief gestohlen – jetzt soll das Ehrenmal restauriert werden.

SEITE C 5

KULTUR
Ist Embolo auch einer für die Acht?

Der Schweizer feierte gegen Chelsea sein Debüt im Angriffszentrum. Doch er kann auch anders. Früher in Basel spielte er Sechser und Achter.

SEITE D 1

ZITAT
„Ich singe weiter, bis ich umfalle oder mich keiner mehr hören will.“

Heino (80), Sänger, will doch noch nicht in Rente gehen.

WITZEN
Lokal kräftige Schauer oder Gewitter



RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/leserservice
Anzeigenservice 0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Die Lage ist ernst. Die Schreibwarenindustrie in Nordrhein-Westfalen schwächelt. 5,2 Prozent weniger Absatz letztes Jahr! Nicht nur der brave Ringbuchfabrikarbeiter leidet, auch das organisierte Verbrechen findet inzwischen kaum noch gute Tintenkiller. Wir fordern eine koordinierte Strategie des Landes, mit Blockabfertigung in allen Tunneln und zwei Großfabriken in Köln-Bürodenkirchen und Düsseldorf-Reiðwolf. Die müssten natürlich eine Werkmannschaft haben, nach dem Vorbild von Tacker Burghausen. Die Schirmherrschaft der ganzen Geschichte bekommt Oliver Locher. Und ein Charity-Song wird auch noch eingespielt. Titelvorschlag: Let the Leitz shine through. fvo

FERIEN

Sie machen Urlaub möglich



Manfred Seebacher

Wolf Heisig

Beate Sysol

Volker Schwitz

Hundesitter, Haushüter, Pfleger, Nachbarn: Wenn andere sich an fernen Orten sonnen, sind sie da und kümmern sich um alles, was in der Heimat anfällt. **Nordrhein-Westfalen**

Notdienst in Tierkliniken gefährdet

In NRW haben zwei bekannte Tierkliniken ihren Notfalldienst geschlossen. Die Branche leidet unter Fachkräftemangel und hohen Kosten. Behandlungen sollen erheblich teurer werden.

VON MERLIN BARTEL UND TIM KRONNER

DÜSSELDORF Der Fachkräftemangel und finanzielle Probleme bedrohen vielerorts die tierärztliche Notdienstversorgung. „Wir haben in NRW und bundesweit ein Problem damit, dass Tierkliniken keinen nächtlichen Notdienst mehr anbieten können“, sagte Karl-Heinz Schulte, stellvertretender Präsident des Bundesverbands praktizierender Tierärzte (BPT) und Vorsitzender des BPT-Landesverbands Nordrhein, unserer Redaktion. „Nur noch wenige Tierärzte sind bereit, Nacht- und Wochenenddienste zu übernehmen. Vielen sind die Vereinbarkeit mit der Familie und die Work-Life-Balance wichtiger.“

Der Tierärzte-Verband sieht die Entscheidung, ob eine Klinik einen Notdienst anbietet, außerdem zunehmend als Kostenfrage. „Wegen der Nachdienstzuschläge kommen mindestens 60.000 Euro zusätzlich pro Monat auf Kliniken mit 24-Stunden-Bereitschaft zu“, sagte Schulte. Aus diesem Grund fordert

der Verband bundesweit eine Gebühr von 100 Euro, die jeder Kunde bei einer Behandlung im Notdienst zahlen muss. Zudem will der BPT den Gebührensatz für Behandlungen im Notdienst verdoppeln: vom dreifachen auf den sechsfachen Satz. Zudem überlegt der Verband, die „Nacht-Grenze“ um eine Stunde zu verschieben, sodass Tierarztpraxen bis 23 Uhr geöffnet sein können. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat

INFO

Zahl der Tierkliniken sinkt bundesweit

NRW Ende 2018 gab es in NRW 36 Tierkliniken, 20 davon für Kleintiere. Im Bezirk der Tierärztekammer Nordrhein sank die Anzahl der Kleintierkliniken von 20 (2009) auf 14 (2018).

Bundesweit 2009 gab es noch 297 Kliniken für Kleintiere, 2018 waren es nur noch 123.

jüngst einen Entwurf zur Änderung der Verordnung in Umlauf gebracht. Das Papier sieht nach Angaben von Schulte die Einführung einer Gebühr in Höhe von 50 Euro für Behandlungen im Notdienst vor. Außerdem sollen Tierärzte im Notdienst den vierfachen Gebührensatz verlangen dürfen, und der zweifache Satz soll im Notdienst der Mindestsatz werden.

„Diese Erhöhung liegt zwar unter unserer Forderung, ist aber ein erster Schritt in die richtige Richtung“, sagte Schulte. „Das Ministerium hat den Ernst der Lage erkannt.“

NRW ist das einzige Bundesland, in dem im Heilberufegesetz nicht vorgeschrieben wird, dass ein Tierarzt auch einen Notdienst anbieten muss. Das übernehmen Tierkliniken. Im Gegensatz zu einer Tierarztpraxis muss eine Tierklinik eine 24-Stunden-Bereitschaft gewährleisten – auch am Wochenende. Kliniken sind in der Regel spezialisiert auf Kleintiere, Pferde oder Nutztiere. Außerdem sind sie meist besser ausgestattet, vor allem für Operationen.

In der Region hat im Dezember 2018 die Tierklinik Düsseldorf-Zentrum ihren nächtlichen Notdienst eingestellt. Seit dem 1. Juli heißt zudem die ehemalige Tierklinik Asterlagen in Duisburg nur noch „Kleintierzentrum“ – sie hat ihren Klinik-Status verloren und ist nun nachts geschlossen. Düsseldorf und Duisburg sind nach Einschätzung des BPT keine Einzelfälle. „Ich gehe davon aus, dass weitere Tierkliniken in NRW ihre 24-Stunden-Bereitschaft einstellen werden“, sagte Schulte.

„Die Tierärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe haben zu Jahresbeginn dem Petitionsausschuss des Landtags gegenüber verdeutlicht, dass eine umfassende tierärztliche Versorgung bei Wochenend- und Nachtdiensten im gesamten Land sichergestellt sei“, teilte das NRW-Umweltministerium auf Anfrage mit. Der zuständige Ausschuss hat eine Anhörung dazu noch in diesem Jahr beschlossen. Danach will das Ministerium mögliche Schritte prüfen. **Leitartikel, Panorama**

Kinder bevorzugen elektronische Medien

BERLIN (kna) Filme, Serien, Musik und Hörspiele schlagen bei Kindern gedruckte Medien wie Bücher, Zeitschriften oder Comics. 94 Prozent der Vier- bis 13-Jährigen schauen demnach mindestens mehrmals pro Woche Filme, Serien oder Fernsehsendungen, 90 Prozent hören ebenso oft Musik, Radio, Hörspiele oder Hörbücher. Demgegenüber lesen nur 76 Prozent im selben Maße Bücher, Zeitschriften, Magazine oder Comics, wobei elektronische Lesemedien kaum eine Rolle spielen. Das geht aus der am Dienstag vorgestellten Kinder-Medien-Studie 2019 hervor, die von sechs großen Verlagshäusern in Auftrag gegeben worden war. 82 Prozent der Zehn- bis 13-Jährigen besitzen demnach ein Smartphone, unter den Sechsbis-Neunjährigen sind es 31 Prozent. Sie nutzen es vor allem zum Telefonieren und für Textnachrichten.

Noch 40.000 Lehrstellen in NRW unbesetzt

DÜSSELDORF (epd) In Nordrhein-Westfalen sind noch mehr als 40.000 Lehrstellen unbesetzt. Erwa 33.500 Jugendliche seien auf der anderen Seite noch auf der Suche nach einer Stelle, heißt es im Ausbildungsatlas 2019, den die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit am Dienstag veröffentlichte. So falle es etwa Zimmermannsbetrieben oder Elektrikern häufig schwer, Nachwuchs zu finden. In vielen Berufsfeldern konkurrierten die Unternehmen bereits um Nachwuchs und die Fachkräfte von morgen, erklärte die Regionaldirektion.

96.000 Euro Spenden nach Tod von Achtjährigem

FRANKFURT (kna) Rund eine Woche nach dem gewaltsamen Tod eines achtjährigen Jungen am Frankfurter Hauptbahnhof hat eine von einem Frankfurter Bürger gestartete Online-Spendenkampagne fast 100.000 Euro erbracht. Auf der Plattform gofundme.de hatten bis Dienstagmittag etwa 3100 Personen rund 96.000 Euro überwiesen. Die Spenden erhöht sich etwa im Fünf-Minuten-Takt. Der Junge und seine Mutter waren am 29. Juli von einem Mann vor einen einfahrenden ICE gestoßen worden.

Hitzige Debatte über Einschulung

Die Forderung, Kinder ohne Deutschkenntnisse zurückzustellen, stößt auf Kritik.

BERLIN (dpa/qua) Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Carsten Linnemann (CDU), hat mit seinem Vorstoß zu einer späteren Einschulung von Kindern bei schlechten Deutschkenntnissen eine heftige Debatte ausgelöst. „Der Vorschlag ist falsch. Kinder müssen eingeschult werden, wenn sie das Schulpflichtalter erreichen“, sagte die Bundesvorsitzende des Grundschulverbandes, Maresi Lassek, am Dienstag dem SWR. Schulen seien darauf eingestellt, Kinder mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen zu empfangen. Schließlich gebe es auch eine Reihe von Kindern aus deutschsprachigen Familien, die große sprachliche Probleme hätten. Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Wid-

mann-Mauz, wies den Vorstoß ihres Parteifreunds Linnemann zurück. „An der Schulpflicht gibt es nichts zu rütteln“, sagte Widmann-Mauz. Linnemann wies unterdessen den Begriff „Grundschulverbot“ für seinen Vorstoß zurück. Die Deutsche Presseagentur hatte in einer Meldung den Begriff verwendet und dies später korrigiert. Ihm gehe es darum, dass es Konsequenzen haben müsse, wenn Kinder vor der Schule die sogenannten Sprachstandstests nicht bestünden, sagte Linnemann. Wenn dann trotzdem eingeschult würde, hätten weder die Kinder aus deutschsprachigen noch die aus nicht-deutschsprachigen Haushalten etwas davon. Scharfe Kritik erteilte Linnemann von SPD, Linkspartei und Grünen.

Linke-Chefin Katja Kipping sagte, mit seinen Äußerungen gehe Linnemann auf „Stimmenfang im rechten Sumpf“. Die SPD-Bildungspolitikerin Marja-Liisa Völlers nannte Linnemanns Aussagen „populistisches Getöse wie in Wahlkampfzeiten“. Lob erhielt Linnemann von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Er lobte die Debatte als wichtig. Auf Twitter schrieb er: „Bei erkennbaren Defiziten brauchen wir eine verpflichtende Förderung und schulbegleitende Sprachprogramme.“ Auch Gesundheitsminister Jens Spahn stützte Linnemann. „Richtig ist, Kinder sollten möglichst alle vor der Einschulung Deutsch lernen“, schrieb er auf Twitter. Nur so hätten alle Kinder die gleichen Chancen. **Stimme des Westens**

FDP für Abschaffung der stationären Grenzkontrollen

BERLIN (qua) FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg hat sich dafür ausgesprochen, die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze aufzuheben. Sie will die Bundespolizei stattdessen flexibel reagieren lassen. „Grundsätzlich bin ich gegen stationäre Grenzkontrollen und ein Sonderregime an der bayerisch-österreichischen Grenze“, sagte Teuteberg unserer Redaktion. Das führe nur zu Ausweichbewegungen zu anderen, nicht-überwachten Grenzen zum Beispiel zu Frankreich oder Tschechien. „Die Bundespolizei sollte an allen deutschen Grenzen lageabhängig und lageangemessen kontrollieren können“, betonte die FDP-Politikerin. „Stationäre dauerhafte Grenzkontrollen sind im Schengenraum

nicht zulässig, und Deutschland sollte sich daran halten.“ Die Bundespolizei kontrolliert seit der Flüchtlingskrise 2015 den Grenzübergang zwischen Deutschland und Österreich. Das Schengenabkommen erlaubt dies aber nur als Ausnahme. Nach der Tötung eines Achtjährigen im Hauptbahnhof von Frankfurt hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) auch Kontrollen an der Grenze zur Schweiz gefordert. Teuteberg sagte dazu: „Es hätte in dem konkreten Fall auch nicht geholfen. Vielmehr bedarf es eines zügigen und zuverlässigen Informationsaustauschs zwischen den Staaten in Europa über Personen, nach denen gefahndet wird oder die als Gefährder gelten.“ **Politik**